

Tobias ten Brink ■

Kontinuität und Wandel: China in der westlichen Chinaforschung

MPIFG Journal Article

Tobias ten Brink: Kontinuität und Wandel: China in der westlichen Chinaforschung. *Geographische Revue* 14(2), 36-52 (2012).
Geographische Revue

The MPIFG Journal Articles series features articles by MPIFG researchers and visiting scholars published in peer-reviewed journals.
Max Planck Institute for the Study of Societies (MPIFG) Cologne | www.mpifg.de

Abstract

Dieser Aufsatz zeichnet die jüngere Rezeptionsgeschichte des wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Wandels in China nach. Während in der Epoche des Kalten Krieges totalismustheoretische Analysen vorherrschten, prägten ab den 1980ern neben kulturorientierten Ansätzen liberale und institutionalistische Untersuchungen das Feld. Einflussreiche Diskurse in der Chinaforschung brachten in den letzten Jahrzehnten gehaltvolle Erkenntnisse hervor, wiesen aber auch Defizite auf. Letztere tragen nicht dazu bei, etablierte westliche Stereotypen gegenüber der komplexen Wirklichkeit Chinas zu entkräften.

1 Einleitung

Kaum ein Land auf der Erde hat seit dem Zweiten Weltkrieg einen derartigen sozialen Wandel erlebt wie die Volksrepublik China. Und kaum ein Land wurde im „Westen“ mit unterschiedlicheren Attributen gekennzeichnet: Galt China unter Mao noch vielen Forschern als fernöstliche Variante des Totalitarismus und wurde es polemisch als „gelbe Gefahr“ gebrandmarkt – im Kontrast zu linken Vorstellungen um und nach 1968, die die Volksrepublik spiegelbildlich zum Land der Utopien stilisierten –, hat sich die Wirtschaft des Landes bis heute gewissermaßen zum „Retter der Weltwirtschaft“ gemausert, obgleich Ängste gegenüber der „neuen Supermacht“ fortbestehen. Letzteres drückt sich nicht zuletzt in der Annahme einer Gefahr für den „westlichen Wohlstand“ und für westliche weltpolitische Geltungsansprüche aus.¹

Dieser Aufsatz zeichnet die jüngere Rezeptionsgeschichte des chinesischen Reformprozesses in groben Zügen nach. Es wird herausgearbeitet, dass diverse Traditionen und einschlägige Diskurse in der sozialwissenschaftlichen Chinaforschung in den letzten Jahrzehnten gehaltvolle Erkenntnisse über wirtschaftliche und politische Veränderungen des Landes hervorbrachten. Einige wiesen jedoch auch Defizite auf. Dazu gehören etwa einsei-

tige, elitenzentrierte Darstellungen sowie populärwissenschaftliche Arbeiten, die unter Rückgriff auf kulturelle Stereotypen das vermeintlich „Andere“ der gesellschaftlichen Entwicklung und Modernisierung Chinas zu erklären gedenken.

Eingangs erläutere ich, wie sich vor dem Hintergrund der Revolution von 1949 und der Machtübernahme der Maoisten die sogenannte Totalitarismustheorie in der westlichen Chinaforschung etablierte. Weil sich die Entwicklungsgeschichte der Volksrepublik jedoch nur schwerlich in die häufig vereinfachenden Schemata dieser in der Phase des Kalten Krieges vorherrschenden Denkschule einfügen ließ, wurde sie immer häufiger kritisiert. Wie ich im Anschluss zeige, machten sich ab den 1970ern diverse liberale und institutionalistische Autoren vor dem Hintergrund signifikanter Umbrüche daran, die vielfach nicht vorhergesehenen Reformen der Volksrepublik unter Deng Xiaoping zu untersuchen. Galt in der historischen Phase unter Mao das Hauptaugenmerk dem Parteistaat und der Ideologie des Maoismus, standen in der „Transformationsphase“ des Landes ab den 1980er Jahren häufiger andere Bereiche im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, etwa eine signifikante unternehmerische Dynamik, die Entstehung von Märkten und eine wirtschaftspolitische Dezentralisierung.

Schließlich stelle ich neuere Diskurse der Chinaforschung vor, die sich mit der internen Entwicklungsdynamik des Landes beschäftigen: unter anderem Debatten zur Vermarktlichung, zu den Anpassungs- und Steuerungsfähigkeiten des Parteistaates sowie zu den Demokratisierungspotentialen der Volksrepublik. Neben den bereits benannten Theorieschulen werden ebenfalls kulturorientierte und kapitalismustheoretische Ansätze eingeführt. Weil dieser Beitrag die Rezeptionsgeschichte in China selbst unberücksichtigt lässt, ist er notwendigerweise unvollständig. Ebenso verhindert der Schwerpunkt auf einige etablierte Positionen eine gebührende Würdigung weiterer Ansätze in der Chinaforschung.

2 Von der Totalitarismusforschung im Kalten Krieg zur institutionalistischen Wende

Die sozialwissenschaftliche Debatte über die Volksrepublik China war im Westen lange Zeit eingebettet in die Untersuchung „realsozialistischer“ Systeme. Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte die gegenwartsbezogene Chinaforschung insbesondere in den USA einen Aufschwung. Ursächlich dafür waren der Kalte Krieg und die sino-amerikanische Rivalität. Totalitarismustheoretische Ansätze wurden vorherrschend. Diese lenkten ihre Aufmerksamkeit insbesondere auf die kommunistische Weltanschauung, die Bedeutung individueller Führungspersonlichkeiten, die Machtfülle der maoistischen Partei und auf politische Kämpfe und Interessengruppen innerhalb des Parteistaates (exemplarisch: Lewis 1963).² China galt als Antipode zur liberalen Demokratie westlichen Typs. Spiegelbildlich hierzu argumentierten Ökonomen, indem sie mit einer schroffen Entgegensetzung von dezentraler Markt- und zentraler Verwaltungswirtschaft einen in der Zeit des Kalten Krieges politisch verwertbaren „Systemgegensatz“ konstruierten.

Etwas vereinfacht ausgedrückt, kulminierten wissenschaftliche Untersuchungen vielfach in folgender elitenzentrierten These: Mit einer nahezu vollkommenen Kontrollmacht ausgestattet und autonome gesellschaftliche Bereiche eliminierend, gelingt es einer parteigesteuerten Bürokratie, die chinesische Gesellschaft nach ihrem Gutdünken zu lenken. Da diese Annahmen jedoch die Ein-Parteiherrschaft zu einer stabilen, unhinterfragten Herrschaft zu hypostasieren drohten, sozio-ökonomische Dynamiken geringschätzten und von sozialen Widerständen weitgehend absahen, neigte die totalitarismustheoretische Perspektive dazu, unzutreffende Schlussfolgerungen zu ziehen (überblicksartig: Dreyer 1996, 7-21). Umgekehrt tendierten linke Autoren bis in die späten 1970er häufig dazu, die Entwicklungen unter Mao zu idealisieren, ein anti-bürokratisches Idyll von Bauernkommunen zu beschreiben und etwa die postulierte Aufhebung der Stadt-Land-Gegensätze für bare Münze zu nehmen (vgl. zur Geschichte der sog. revisionistischen Ansätze in der Chinaforschung: Böke 2007; Stark/Nee 1989).³

Dass Mao in der Kulturrevolution vor dem Hintergrund innergesellschaftlicher Spannungen zum offenen Kampf gegen seine eigene Partei aufrief, passte nicht in die Schemata der Totalitarismustheorie, dass die Kommunistische Partei schließlich Marktreforemen durchführte, noch weniger. In Folge des signifikanten Wandels der Volksrepublik ab Mitte der 1970er Jahre konnten sich auch aus diesem Grund andere theoretische Perspektiven etablieren. Unter der Regierung Deng Xiaoping kombinierten sich im ambitionierten Versuch einer Weiterführung des Zieles einer nationalen Entwicklung mit überregionaler Ausstrahlkraft auf paradoxe Weise Aspekte, die zuvor konkurrierenden Projekten der Moderne zugeordnet wurden – das der Vermarktlichung und das des Parteistaates. Die sozio-ökonomischen und politischen Institutionen entwickelten dabei eine Reform- und Anpassungsfähigkeit, die ihnen in der Totalitarismustheorie nicht zugebilligt wurde.

In den 1980ern entwickelten daraufhin *liberale* und *institutionalistische Ansätze* eine Anziehungskraft. Diese rekurrten stärker auf die institutionellen Kontexte politischen und wirtschaftlichen Verhaltens. Im Unterschied zur Totalitarismusforschung, die die Volksrepublik unter dem Aspekt der *Stagnation* untersuchte, wurden nunmehr Triebfedern des *Wandels* in „staatssozialistischen Systemen“ identifiziert. Spannungsverhältnisse zwischen Staatsmacht und Gesellschaft wurden analysiert, um politische Konflikte und sozioökonomische Entwicklungstendenzen benennen zu können oder um etwa unterkomplexe Annahmen einer starren betrieblichen Despotie durch Hinweise auf die innerbetrieblichen Aushandlungsprozesse zu verfeinern (Walder 1986). Der lange Zeit üblichen einseitigen Konzentration auf die Machtspitze Chinas begegneten Autoren im Rahmen eines akteurszentrierten Interaktionismus: staatliches Handeln wird dem zufolge in seiner Einbettung in das Interaktionsgefüge Staat/Gesellschaft verstanden, um die Prozess- und Konflikthaftigkeit staatlichen Agierens in den Blick zu rücken (vgl. Derichs/Heberer 2008). Demnach konnte China mit denselben gesellschaftstheoretischen Instrumentarien untersucht werden, die für die Analyse der liberal-demokratischen Ordnungen des Westens bereits länger anerkannt waren.

Von den 1990er Jahren bis heute legten zahlreiche Autoren Untersuchungen vor, die in der einen oder anderen Weise an diesen Traditionen anknüpfen.⁴ Im Folgenden werden einige relevante Diskurse vorgestellt, die wichtige Einsichten hervorbrachten, jedoch auch Defizite aufweisen.

3 Vom Plan zum Markt: Debatten der Transformationsforschung

Unmittelbare Ursachen der Deng'schen Wende bildeten die tiefe gesellschaftliche Krise nach der Kulturrevolution und die Unzulänglichkeiten maoistischer Institutionen und Selbstverständnisse. Die Realität eines Herrschaftssystems, welches Züge eines zeitweilig regellosen, widersprüchlichen Machtkomplexes mit sich überschneidenden Zuständigkeitsbereichen aufwies, setzte die Machtelite unter einen erheblichen Reformdruck. Durch eine Konvergenz maoistisch-kollektivistischer und technokratischer Eliten sozialstrukturell unterfüttert, konnte sich schließlich der Reformflügel unter Deng im Gefolge interner politischer Kämpfe durchsetzen. Die Entwicklungen, die dieser Reformflügel ab Ende der 1970er Jahre in Gang setzte und/oder unter erheblichem gesellschaftlichen Druck zulassen musste, um seine Machtposition über allmähliche Reformen und Modellexperimente sicherzustellen, führten zu einer Aufwertung von Marktmechanismen, zur Dezentralisierung von wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen sowie zur weitgehenden wirtschaftlichen Öffnung des Landes. Sogenannte Sonderwirtschaftszonen zogen ausländische (zuerst auslandschinesische) Investitionen, technologisches Knowhow und moderne Praktiken der Unternehmensführung auf das chinesische Festland.

Zur Beschreibung des chinesischen Transformationsprozesses wurde in aller Regel auf die These eines Übergangs vom „Plan“ zum „Markt“ Bezug genommen. Liberal-rationalistische Theorien (Nee 1989; Sachs/Woo 1999) sind hier von institutionalistischen Theorien zu unterscheiden (Guthrie 2002; McMillan/Naughton 1996). Beide Ansätze beziehen sich auf die besonders nach dem Zusammenbruch des Ostblocks politisch-praktisch wirksame Debatte um die Frage, wie Planwirtschaften in Marktwirtschaften umzuwandeln seien.

Während (neo-)liberale Autoren den Transformationsgesellschaften Osteuropas eine Schocktherapie („Big Bang“) empfahlen, der zufolge das Neue nicht innerhalb des Mantels des Alten entstehen könne, sprachen dieselben Autoren China, das diesen politischen Empfehlungen offensichtlich nicht Folge leistete, den Charakter eines Sonderfalls zu: Das Land konnte dem zufolge in den 1980er und 1990er Jahren nur deshalb erfolgreich wachsen, weil es günstigere Ausgangsbedingungen als die ehemaligen Ostblockstaaten besaß. Perspektivisch wurde von einer Abschwächung des chinesischen Wachstums und erheblichen Destabilisierungen ausgegangen (exemplarisch: Sachs/Woo 1999). Zudem wurden das Fehlen klar definierter Eigentumsrechte und die Einmischung staatlicher Bürokratien in unternehmerisches Handeln als wesentliche Hindernisse eines Übergangs in eine effiziente Marktgesellschaft betrachtet.

Dagegen betonten institutionalistische Autoren die Bedeutung des innovativen Unternehmertums, das nicht notwendigerweise im Gewand der abrupten Privatisierung auftreten

müsse.⁵ Sie empfahlen die Verknüpfung des Alten mit dem Neuen und verwiesen auf einen institutionellen Rahmen in China, der unternehmerisches Risiko förderte und (v. a. auf lokaler Ebene) Vertrauen bzw. vertragliche Garantien etablierte. Autoren fokussierten dabei, unter Einbezug wirtschaftssoziologischer Einsichten, auf die Wirksamkeit von vorgefundenen Institutionen und von Pfadabhängigkeiten, die die Bildung von neuen Märkten in China begünstigten und den Wachstumspfad stabilisierten (Guthrie 2002).

4 Neues Unternehmertum und Demokratisierungsthese

Um das Paradox einer Entfesselung von Marktkräften inmitten eines vermeintlich „kommunistisch“ geführten Landes zu lösen, beschrieben markt- bzw. unternehmenszentrierte Ansätze die Heraufkunft eines neuen Unternehmertums als essentielle Ursache des Wandels. Die Ausdehnung der Marktkräfte wurde als eine Folge des Rückzugs öffentlicher Kontrolle über die Wirtschaft bewertet. Erst der „schöpferische Unternehmer“ bildete die Voraussetzung und die fortwährende Bedingung erfolgreichen Wachstums. Er hat diesem Argument zufolge besonders in Teilen des ländlichen China der 1980er Jahre eine neue Heimat gefunden – und sich in einer dynamischen Bewegung in die Städte ausgebreitet (exemplarisch: Huang 2008; Naughton 1995). Im Gewand des Kollektivunternehmens etablierten sich dabei de facto privatwirtschaftlich geführte Unternehmen. Vor 1988 war es verboten, Privatunternehmen mit mehr als 8 Beschäftigten zu führen. Eine Lösung zur Gründung größerer privatwirtschaftlich geführter Firmen stellte die Registrierung als Kollektivunternehmen dar. In der regelverletzenden Praxis des „Tragen eines roten Hutes“, einer im Alltagsdiskurs weithin gebräuchlichen Formel, kam eine informelle Institutionalisierung zum Tragen, die schließlich im Laufe der Zeit den Rahmen der Unternehmensführung insgesamt veränderte.

Viele Autoren zogen aus dieser Entwicklung den Schluss, dass das rigide politische System Chinas mit den Vermarktlichungstendenzen nicht lange Schritt halten könne. Zwei Entwicklungslogiken – die politische Macht- und Kontrolllogik und die ökonomische Wachstums- und Profitlogik – würden diametral aufeinander stoßen. Hinsichtlich der hieraus resultierenden Entwicklungstendenzen wurden (und werden) daraufhin entweder eine unausweichliche Liberalisierung bzw. Demokratisierung oder ein Kollaps des Systems prognostiziert – je nachdem, welche sozialen Kräfte obsiegen (vgl. überblicksartig: Heberer/Senz 2009).

Einige Autoren argumentieren, der chinesische Staat würde das Land in die Entwicklungsfalle eines „Crony Capitalism“ führen bzw. er sei ein „räuberischer Staat“ (Pei 2006; vgl. He 2006). Aus liberal-evolutionärem Blickwinkel dagegen, ausgehend von Erfahrungen mit Demokratisierungsprozessen in Lateinamerika, Osteuropa oder Ostasien, wird eine Entwicklung prognostiziert, in der sich die herrschende Elite dem Schicksal eines Verlustes an Macht durch Demokratisierung fügt (Rowen 2007). In dieser modernisierungstheoretischen Annahme steckt die bekannte These, der zufolge die ökonomische Entwicklung die Entstehung von politischen Freiheiten befördert. Es wird dabei die Entstehung

einer Marktwirtschaft antizipiert, die ähnliche liberale Züge trägt wie in anderen Teilen der Erde.

Diese Prognosen sind jedoch erst einmal falsifiziert worden. Weder ließen sich in den letzten Jahren Züge eines liberal-demokratischen Wandels identifizieren, noch scheint der chinesische Staat die sozioökonomische Entwicklung in signifikanter Weise zu blockieren. Schließlich wurde etwa der Erfolg von De-facto-Privatfirmen sowohl in lokalen politischen Instanzen, die an der lokalen wirtschaftlichen Entwicklung interessiert waren, als auch auf der zentralen Führungsebene zunehmend anerkannt. Die Staats- und Parteiführung reagierte mit einer offiziellen Veränderung ihres Verhältnisses zur Privatwirtschaft und institutionellen wie rechtlichen Anpassungen. In neueren politikwissenschaftlichen Arbeiten wird daher die Anpassungsfähigkeit des Parteistaates betont, wie der nächste Abschnitt zeigt.

5 Anpassungsfähigkeit und politische Steuerung: Die Debatte um den Parteistaat

Weil die Tendenzen der Vermarktlichung, der Dezentralisierung sowie der Weltmarktöffnung und die Politik des autoritären Parteistaates sich ab den 1990er Jahre geradezu symbiotisch verknüpften – in einer zweckrational-instrumentellen Perspektive wohlgernekt – und die chinesische Wirtschaft bis in die 2000er Jahre (über erhebliche Herausforderungen wie die Asienkrise oder eine große Umstrukturierungswelle der staatseigenen Betriebe hinweg) sehr hohe BIP-Wachstumsraten, Produktivitätszuwächse und Exportgewinne verbuchen konnte, werden in neueren Debatten die Anpassungs- und Steuerungsfähigkeiten des Parteistaates akzentuiert. Eine Reihe von Arbeiten unterstreicht die Notwendigkeit einer proaktiven politischen Zentralgewalt und/oder subnationaler politischer Instanzen für den erfolgreichen Wachstumspfad (vgl. Heilmann 2008; Oi 1995; Perry 2007; Yang 2004; Zheng 2010). Die chinesische Partei- und Staatselite wird als pragmatisch-vorausschauende politische Kraft verstanden, die – ähnlich wie in anderen Entwicklungsstaaten in Ostasien – als Triebkraft der sozioökonomischen Modernisierung agiert.⁶ Das autoritäre System Chinas, das gleichwohl innerhalb der Eliten einen Spielraum für Debatten lässt, bildet in dieser Betrachtungsweise eine äußerst förderliche Basis der wirtschaftlichen Entwicklung. Es lernte, die Entwicklung von Märkten zu fördern. Ein politisches Beziehungsgefüge entstand, das zugleich einen interregionalen Wettbewerb der politischen Instanzen unterhalb der Zentralregierung nach sich zog, der die wirtschaftliche Dynamik antrieb. Es wird die Bildung eines komplexen Beziehungsgefüges verschiedener vertikaler sowie horizontaler Entscheidungsstrukturen hervorgehoben.

Chinaforscher erklären mit Blick auf den Parteistaat nach den 1970er Jahren, dass dieser über spezielle Fähigkeiten verfügte, sich einer wandelnden Umwelt anzupassen:

- Von hoher Bedeutung sei die Orientierung an der nationalen Souveränität gewesen, die eine wesentliche Voraussetzung für die Reformfähigkeit des politischen Systems war und der Regierung im Zeitalter der „Globalisierung“ einen erheblichen Manövrierraum ließ.

- Daneben habe die staatliche Kontrolle von wichtigen Kernbereichen der Wirtschaft als eine Bedingung erfolgreichen wirtschaftlichen Wachstums genauso gegolten wie die öffentliche Infrastrukturplanung und die Förderung technologischen Wandels. Die staatlichen Kontrollkapazitäten seien in einer effektiven Weise für die Expansion von (auch internationalen) Wirtschaftstätigkeiten genutzt worden.
- Darüber hinaus sei der Dezentralisierung wirtschaftlicher und politischer Prozesse, den innerstaatlichen Konsultationsmechanismen und Aushandlungsprozessen bei gleichzeitiger Einschränkung und gegebenenfalls Unterdrückung zivilgesellschaftlicher Räume eine hohe Bedeutung beigemessen worden.

Aus diesem Grund wird der These widersprochen, dass sich in China eine Art „Crony Capitalism“ herausgebildet hat, der ähnlich wie in anderen Entwicklungs- und Schwellenländern Wachstumsblockaden befördert. Alles in allem trägt die Lern- und Anpassungsfähigkeit der politischen Führung eher zur Stabilisierung des Systems bei – selbst dann, wenn sich die Marktexpansion fortsetzt.

Empirisch spricht einiges für die These umfassender politischer Anpassungs- und Steuerungsfähigkeiten. Doch weist sie Schwachstellen auf, die m. E. auf einen *Markt/Staat-Dualismus* hinauslaufen. Während der im vorletzten Abschnitt eingeführte markt- bzw. unternehmenszentrierte Ansatz eine zu einseitige Beschreibung der Reformdynamiken akzeptiert, attestiert dieser stärker politikzentrierte Ansatz der chinesischen Führung eine weise Voraussichtsfähigkeit, die mit der anarchischen Wirklichkeit des chinesischen Reformprozesses mitnichten zur Deckung gebracht werden kann (und darüber hinaus manchmal mit der Selbstbeschreibung der politischen Führung korreliert). Womöglich trägt die Erblast der elitenzentrierten Totalitarismusforschung in Teilen der Chinaforschung immer noch dazu bei, Staat und Wirtschaft, und erweitert, Gesellschaft, schroff einander gegenüber zu stellen, den Staat als ein externes Regime und nicht als einen Akteur *in der* (durch Konflikte charakterisierten) chinesischen Gesellschaft zu fassen (exemplarisch: Lieberthal 1995, 292-304).

Doch bevor diesem Problem abschließend Aufmerksamkeit geschenkt wird, weise ich auf einen weiteren Diskurs hin, der den Charakter der Wirtschaft und Gesellschaft Chinas unter Rückgriff auf kulturelle Faktoren zu ergründen sucht.

6 Historisch-kulturelle Faktoren als Quellen der chinesischen Dynamik

Auch wenn in China historisch immer wieder Momente der „westlichen Kultur“ adaptiert worden sind, trägt die Gesellschaft historisch-kulturelle Traditionsbestände mit sich. Neben älteren Traditionen – in der internationalen Diskussion wird dabei der konfuzianischen Ethik und den engen, inter-personalen Beziehungsnetzwerken (*guanxi*) eine hohe Bedeutung beigemessen – gehört hierzu der Sino-Marxismus, der das sowjet-marxistische Modernisierungsmodell nach 1949 zu imitieren suchte, es jedoch erheblich modifizierte und auch aus diesem Grund einen eigentümlichen Weg in die Moderne begründete.

Im Falle Chinas argumentieren Historiker, historische Soziologen und Anthropologen

dafür, dass zur Erklärung der außerordentlichen wirtschaftlichen Dynamik ältere handelskapitalistische Traditionen Chinas (und Ostasiens) einbezogen werden müssen (exemplarisch: Hamilton 2006). Die reiche Tradition handelskapitalistisch orientierter Gruppen in China, die über Jahrhunderte mit der vorherrschenden tributären Staatsklasse koexistierten, jedoch niemals eine dominante Stellung errangen, sind demnach im Verlaufe des 20. Jahrhunderts im Rahmen der neuen „Tributherrschaft“ der KPCh zu einem Motor der wirtschaftlichen Restrukturierung geworden. Dem zufolge zehrt der Aufstieg des Kapitalismus in China von den Traditionen auch und gerade der Überseechinesen: unter anderem von ihren familien- und netzwerkbasierten Geschäftsbeziehungen sowie paternalistischen Autoritätsstrukturen (vgl. Redding 1990; Yang 2002). Nachdem der Chinadiskurs lange von einer an Weber angelehnten Theorie dominiert war, der zufolge das Unvermögen Chinas zur Modernisierung ursächlich in den statischen traditionellen Werten einer konfuzianisch geprägten Kultur lag, wird gegenwärtig häufig auf gegensätzliche Annahmen rekurriert. Nunmehr gelten gerade bestimmte Werte des Konfuzianismus wie Fleiß und Sparsamkeit als Stimulus der ökonomischen Dynamik. Eine konfuzianische Lebensführung gilt dann gewissermaßen als Äquivalent der protestantischen Ethik.

In der neueren historisch-soziologischen Forschung werden weitere Argumente dafür benannt, weshalb in China (und Ostasien) günstige Voraussetzungen für eine kapitalistische Dynamik bestanden. In der ostasiatischen Region, d. h. in China, Japan und Korea, hatten kumulierte Erfahrungen historisch folgenreiche Konsequenzen: Im Vergleich zu anderen Weltregionen beruhte die ostasiatische Geschichte auf einer relativen Kontinuität, die über einen langen Zeitraum in der relativen Beständigkeit der chinesischen Zivilisation ihre Grundlage hatte (Arnason 2003). Was die ostasiatische Geschichtsregion in der Vormoderne zudem verbindet, ist die im Unterschied zur indischen, islamischen oder auch zur späteren westlichen Welt entwickeltere und kontinuierlichere Existenz staatlicher Strukturen, die langwierige Prozesse der Nationenbildung anregten. „[In China] the result was [...] a more marked cultural unity than any other imperial order has achieved, and – in due course – an enduring ambition to transform this legacy into a full-fledged national identity“ (Arnason 2008, 401). Schließlich verbindet den vormodernen ostasiatischen Raum eine im Vergleich zu anderen Weltregionen geringere ausländische Machteinflussnahme. Selbst der Kolonialismus im 20. Jahrhundert war trotz der intensiven westlichen Einflussnahme eine überwiegend mit dem japanischen Imperialismus verbundene Erfahrung. Die relative Begrenztheit der westlichen Präsenz und Militärmacht begründete einen Bewegungsspielraum bei der Rezeption und Adaption westlicher Modelle und den kapitalistischen Modernisierungen in Ostasien.

Freilich ist die China- und Ostasienforschung aber jenseits der gerade vorgestellten Perspektiven eine lange Zeit auch und gerade von Ansätzen beeinflusst worden, deren Herangehensweise als *kulturalistisch* beschrieben werden kann (vgl. Weggel 1997; jüngst auch: Jacques 2009). Der Konfuzianismus beispielsweise droht, derart abstrahiert, in seinen Merkmalen essentialisiert zu werden.⁷ Mit einer solchen „China ist China ist China“-

Engführung lässt sich ebenso wenig eine vergleichende Perspektive vereinbaren.⁸ Um ein Beispiel für diese Engführung zu nennen: Das heutige China sollte Jacques zufolge als „civilisational-state“ betrachtet werden, der im Unterschied zum westlichen Nationalstaat eine über zweitausendjährige Tradition in sich weiterleben lässt (Jacques 2009, Kapitel II). Seinen wichtigsten moralischen Bezugspunkt bildet der Willen zur Einheit des chinesischen Volkes. Während im Westen das Verhältnis zwischen „Staat“ und „Gesellschaft“ in einer Weise konstruiert sei, in der die Autorität und Legitimität eines Staates wesentlich aus demokratischen Prozessen resultieren, beziehe der chinesische „civilisational-state“ seine Legitimität aus seiner Rolle als Repräsentant der chinesischen Zivilisation. „Chinesen“ empfinden Jacques zufolge den Staat als Oberhaupt der Familie, wohingegen in westlichen Gesellschaften die Staatsmacht regelmäßig als störend betrachtet wird und begrenzt werden soll. In einem ähnlichen Kontext stehen Behauptungen, dass der chinesischen Geschichte aufgrund gegensätzlicher Wertvorstellungen zum christlich geprägten Europa solche Autonomiekonzepte fehlen, die einem Kampf um „gerechte“ Löhne oder sozialstaatliche Absicherungen zugrunde liegen müssten. Zur Entkräftung dieser Thesen trägt in den letzten Jahren nicht zuletzt eine Zunahme an Arbeiterprotesten und sozialen Bewegungen auf dem chinesischen Festland bei.⁹

In einer kulturalistischen Perspektive werden vormoderne Lebenserscheinungen nicht selten bruchlos auf moderne Begriffe gebracht. Ebenso drohen vorschnelle Parallelen zwischen Kaisern und KP-Führern oder zwischen Konfuzianismus und Kommunismus die „Kraft der Tradition“ über Gebühr zu strapazieren (Dreyer 1996, 13). Als Unzulänglichkeit kulturalistischer Ansätze erscheint ferner das Fehlen einer Einbettung der jüngeren historischen Entwicklung Chinas in die global-kapitalistische Ordnung. Dies soll hier abschließend mit Dirlik festgehalten werden, der die Argumentation „divergierender kultureller Traditionen“ als Instrumente der Regierungen Chinas oder Singapurs bezeichnet, um den Fortbestand ihrer autoritären Herrschaftssysteme zu rechtfertigen:

„The problem with ‘Chineseness’ based explanations of Chinese capitalism is that they suppress the structural context within which this capitalism has arisen. Whatever resemblances it may have in particular to past practices, this capitalism has acquired an identity of its own only in the very recent past with the success of East and Southeast Asian societies [...]. We need not deny creativity to, or the increasing autonomy of, Chinese capitalism to recognize nevertheless that economically speaking, the structural context for this success resides in a Global Capitalism in which the United States and Japan have been the key players. A product of such a Global Capitalism, so-called Chinese capitalism remains dependent on the functioning of the global economy and has been shaped largely by its requirements“ (Dirlik 1997, 315-316).¹⁰

Annahmen, die allein eine Kontinuität kultureller Faktoren betonen, können den Wandel in China dem zufolge nicht erklären. Um einem kulturellen Determinismus und übertriebenen innerzivilisatorischen Homogenitätsunterstellungen Vorschub zu leisten, gilt es im Gegenteil widersprüchliche historische Verläufe und die Interaktionen zwischen „Kulturen“ zu

erforschen, die miteinander verwobene Formen der kapitalistischen Modernisierung(en) erzeugten. Der folgende Abschnitt nimmt auf diese Frage der kapitalistischen Durchdringung der Volksrepublik Bezug.

7 Nichtkapitalistische Marktwirtschaft, Hybridsystem oder neuartige Spielart des Kapitalismus?

Bis vor einigen Jahren wurde der Kapitalismusbegriff im Falle Chinas kaum gebraucht. In der Literatur firmierte das Land als „staatssozialistische“ Gesellschaft – als maoistische Variante des Sozialismus. Nachdem die chinesische Staatsführung seit den frühen 1990er Jahren auch offiziell von einer Wende zur „sozialistischen Marktwirtschaft“ mit chinesischen Charakteristika spricht, zeitigt diese Argumentation Risse. Doch weil die Rolle der Partei noch immer überragend ist und das Staatseigentum an den Produktionsmitteln weiterhin in Teilen der Wirtschaft vorherrscht, gehen einige Autoren, der offiziellen Position der chinesischen Staatsführung nicht unähnlich, nach wie vor von einer relativ intakten Grundlage einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft aus. Sie stimmen teilweise sogar mit der Position der Regierung überein, der zufolge die Öffnungspolitik und die Vermarktlichung als ein Durchgangsstadium zu entwickelteren Formen einer sozialistischen Gesellschaft (und Demokratie) gelten können (exemplarisch: Li 2008).

Doch selbst Autoren, die mit einem theoretischen Instrumentarium arbeiten, welches eine marktsozialistische Gesellschaft idealtypisch vorstellbar macht, beurteilen diese Annahmen skeptisch (vgl. Lippit 1997). Ein Vorwurf lautet, dass in keiner der vorherrschenden Unternehmenstypen die Arbeitnehmer mehr demokratische Kontrolle als Arbeitnehmer in „kapitalistischen“ Gesellschaften besitzen. Weder auf der betrieblichen noch auf anderen Ebenen der chinesischen Gesellschaft besitzen solidarische Verhaltensformen eine unverhältnismäßig größere Bedeutung als in anderen Ländern. Die Allokation mittels des Marktes ist kein Anhängsel eines vorwiegend im Interesse der Bedürfnisproduktion gesteuerten Systems.

Muss die Wirtschaft aber vielleicht doch in kapitalistische Privatsektoren und quasi-sozialistische Staatssektoren unterteilt werden, weil dem öffentlichen Eigentum eine nicht-kapitalistische Eigenschaft innewohnt? Sollte China dem zufolge als „nicht-kapitalistische Marktwirtschaft“ charakterisiert werden? Laut Arrighi unterscheidet sich eine kapitalistische von einer nichtkapitalistischen Marktwirtschaft „durch die größere Macht der Kapitalisten, ihre Klasseninteressen anderen auf Kosten der nationalen Interessen aufzuzwingen“ (Arrighi 2008, 120). Nicht die „Präsenz kapitalistischer Institutionen und Dispositionen“ ist „für den kapitalistischen Charakter einer marktorientierten Entwicklung entscheidend, sondern die Beziehung zwischen Staatsmacht und Kapital“ (Arrighi 2008, 412). Solange der Staat den Klasseninteressen der Kapitalisten nicht unterstellt ist, und dies sei in China der Fall, bleibe die Marktwirtschaft nichtkapitalistisch.

Doch eine schroffe Gegenüberstellung von marktorientierter Wirtschaft und staatlich

gesteuerter Wirtschaft bzw. dem Parteistaat kann als defizient angesehen werden. Wie Staatstheoretiker herausgestellt haben, darf der hier verwendete Begriff des „nationalen Interesses“ nicht als objektive Kategorie verstanden werden: Bei Arrighi erscheint der Staat unzulänglicher Weise als eine Apparatur, die „allgemeine gesellschaftliche Interessen“ zum Ausdruck bringt, außer „wenn Kapitalisten der Marktentwicklung ihre engen [...] Interessen aufzwingen. Die spezifische Organisationsweise eines kapitalistischen Staates und die ihn definierenden Funktionen der Sicherung von Eigentumsverhältnissen, der Reproduktionen der Beziehungen zwischen Arbeiterschaft und Kapital sowie der Aufrechterhaltung der Akkumulation fehlen in dieser schwachen Begriffsbildung“ (Panitch 2009, 20). Anstelle der Erwartung, die schier unaufhaltsame Marktdynamik würde die bürokratische Machtordnung in Frage stellen oder gar zerstören, hat die Bürokratie es vielmehr vermocht, Markt und Staat bzw. Plan gewissermaßen miteinander zu versöhnen.

Da es offensichtlich schwer fällt, die Entstehung einer kapitalistischen Ökonomie im Rahmen eines „sozialistischen“ Staats- und Gesellschaftssystems theoretisch zu fassen, scheint es vielen Autoren gegenwärtig hinreichend, die Entwicklung in China weiterhin allein unter dem Aspekt des Übergangs, des *hybriden*, noch nicht abschließend zu bezeichnenden Transformationscharakters zu fassen. Doch auch wenn eine Herangehensweise, die die Komplexität der Verknüpfung verschiedener institutioneller Formen in China darzustellen sucht, zweifelsohne angebracht ist, erscheint der Hybrid-Begriff in gewisser Weise als Verlegenheitsformel. Letztlich sind alle gesellschaftlichen Entitäten Hybride, gekreuzte bzw. gemischte Formen. Darüber hinaus weist der Begriff nicht aus, welche institutionellen Formen dynamischer als andere Teile des komplexen Ganzen sind und es etwa als sinnvoll erscheinen lassen, von einer, gleichwohl eigentümlichen, kapitalistischen Dynamik in China zu sprechen.

Allerdings beziehen sich seit einigen Jahren mehr Autoren unmittelbar auf den Kapitalismusbegriff, wenn sie die Entwicklung Chinas beschreiben – häufig allerdings in einer eher flüchtigen, wenig systematischen Weise. So taucht der Begriff in den Titeln von Studien auf, ohne dass dieser genauer erörtert wird. Manches Mal wird Kapitalismus lediglich mit Marktwirtschaft gleichgesetzt oder es werden gesellschaftliche Teilphänomene, zum Beispiel die Netzwerke der Überseechinesen, als kapitalistisch analysiert.

Weiter gehen dagegen vergleichende Forschungen zu den „post-kommunistischen“ Übergangsländern, die mithilfe von klassentheoretischen Perspektiven arbeiten. King/Szelényi (2005) stellen beispielsweise drei grundlegende Muster der Formierung neuer kapitalistischer Systeme in ehemaligen staatssozialistischen Gesellschaften heraus: Erstens bezeichnet der Pfad eines „Capitalism from above“ den Versuch der alten Staats- und Parteielite (v. a. in Russland), ein Marktsystem nach dem Vorbild neo-liberaler Konzepte und im Rahmen groß angelegter Privatisierungsprozesse zu schaffen, der jedoch einen patrimonialen Kapitalismus entstehen ließ. Zweitens beschreiben King/Szelényi einen „Capitalism from without“ wie z. B. in Ungarn, in dem die alte Machtelite keinen ausreichenden Transfer ihrer Machtressourcen erzwingen konnte und stattdessen ausländische In-

vestoren eine dominierende Stellung errangen. Drittens wird mit dem Ausdruck des „Capitalism from below“ die Entstehung einer neuen indigenen Unternehmerklasse v. a. in China beschrieben, die bereits vor 1989 entstand und ihren Einfluss sukzessive steigern konnte. Technokratische Fachkräfte und Manager errangen Ende der 1970er Jahre eine hegemoniale Stellung, ohne den alten Parteikader in der Bürokratie zu stürzen; eine Allianz dieser beiden Klassenfraktionen bestimmte fortan die gesellschaftliche Entwicklung. Im Rahmen gradueller Reformen und einer allmählichen Öffnung gegenüber ausländischen Direktinvestoren bildete sich in der Volksrepublik ein neuer Kapitalismustyp heraus (King/Szelényi 2005, 220-222).

Jüngst greift darüber hinaus eine wachsende Forschungsliteratur auf die Instrumentarien der Vergleichenden und der Internationalen Politischen Ökonomie zurück, um die politische Ökonomie Chinas als Variante der staatlich-durchdrungenen kapitalistischen Entwicklung zu fassen, in der die staatliche Steuerung mit dem Ziel der über den Markt vermittelten Akkumulation kombiniert wird (vgl. Chu 2010; McNally 2008; ten Brink 2012). Im Gegensatz zu Autoren und politischen Akteuren, die den Begriff des „Staatskapitalismus“ mit einer politischen Zielsetzung in Dienst nehmen, um die Vorzüge der „freien“ Marktwirtschaften des Westens den Nachteilen der „aggressiven“ staatskapitalistischen Regime des Ostens und Südens gegenüber zu stellen (vgl. Bremmer 2010), wird er in der vergleichenden Kapitalismusforschung als analytischer Begriff genutzt.

Im Unterschied zu kulturalistischen, elitenzentrierten oder ökonomistischen Ansätzen werden hier die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Wirtschaft Chinas gegenüber anderen Volkswirtschaften aus einer verknüpften Analyse ökonomischer und nicht-ökonomischer Faktoren gewonnen. Es erweist sich dabei nicht zuletzt, dass kapitalistisch geprägte Modernisierungsprozesse nicht immer wie im Lehrbuch verlaufen und historische Spielarten des Kapitalismus sich in eigentümlichen Formen ausbilden können.

8 Fazit

In der westlichen Rezeption des chinesischen Modernisierungsprozesses der letzten Jahrzehnte konnten reichhaltige Erkenntnisse gewonnen werden – etwa zum graduellen institutionellen Wandel des Landes oder zum Phänomen der relativen Stabilität des politischen Systems. Hinsichtlich der Frage nach den Charakteristika der Reformen sind eine Reihe von wichtigen Hinweisen und Erklärungen gefunden worden.

Zugleich wirken bestimmte Defizite in Teilen der Chinaforschung fort. So droht die in diesem Aufsatz herausgehobene Erblast der elitenzentrierten Totalitarismusforschung wie erwähnt, Staat und Wirtschaft, und erweitert, Gesellschaft, schroff einander gegenüber zu stellen. Diese und andere Positionen, etwa einseitig kulturorientierte Argumentationen, tragen nicht dazu bei, etablierte Stereotypen gegenüber der komplexen Wirklichkeit Chinas zu entkräften. Gerade letzteres sollte jedoch Aufgabe einer seriösen sozialwissenschaftlichen Forschung sein. Schließlich wird in vielen journalistischen Arbeiten und

öffentlichen Debatten beispielsweise das politische System Chinas immer noch als monolithischer Einheitsstaat behandelt, in dem die Fäden im Zentralkomitee der KPCh zusammenlaufen. Faktisch unterfüttern derartige Positionen die Angst vor der „Weltmacht China“ genauso wie etwa die These eines „unlauteren“ Wettbewerbs bei der parteistaatlichen Förderung von chinesischen Unternehmen – ohne nach ähnlichen Formen der „Wettbewerbsverzerrung“ auch einmal in westlichen Volkswirtschaften suchen zu wollen.

Ein abschließender Punkt, der zugleich auf die Notwendigkeit weiterer Forschungen verweist, kann wie folgt formuliert werden: Die Elitenzentrierung in Teilen der Chinaforschung hat bis dato dazu geführt, dass sich nur wenige Chinaforscher die Frage nach den Grenzen des chinesischen Systems der Subordination oder von Veränderungspotentialen, die „von unten“ kommen, stellen. Zwar ging die Reformphase erst einmal mit einer Perpetuierung der Ohnmacht in den unteren Gesellschaftsschichten einher. Doch auch wenn der Reformprozess durch Machtverschiebungen innerhalb der Eliten wesentlich geprägt wurde, stellten bereits frühzeitig soziale Proteste beispielsweise den Hintergrund für die politischen Bemühungen um die Schaffung sozialstaatlicher und arbeitsrechtlicher Standards dar. In jüngster Zeit nimmt die Erklärungskraft konflikttheoretischer Annahmen noch zu, was dafür spricht, die mögliche Entstehung sozialer Proteste in China und Grenzen der Unterwerfung zu untersuchen sowie Mängel des gesellschaftlichen Interessenausgleichs anhand von spontanen Streikbewegungen und anderen sozialen Bewegungen zu dokumentieren.

Anmerkungen

Für wertvolle Hinweise danken möchte ich René Trappel.

- 1 Zur Analyse von Bedrohungsszenarien, die mit dem internationalen Aufstieg Chinas verbunden sind, vgl. ten Brink 2011.
- 2 Neben die totalitarismustheoretischen Studien traten Untersuchungen zu den nicht-intendierten Folgen der totalitären Kontrolle des Landes. Die mit dem Problem des industriellen Wachstums konfrontierte Parteidiktatur sah sich modernisierungstheoretischen Annahmen zufolge gezwungen, große Teile des revolutionären Enthusiasmus über Bord zu werfen und auf moderne Entwicklungsmethoden – z. B. routinisierte bürokratische Apparate zur Förderung des industriellen Wachstums – zu rekurrieren. Auf diese Weise sollten „kommunistische“ und „kapitalistische“ Systeme im Laufe der Zeit konvergieren (vgl. Field 1976; für weitere sozialwissenschaftliche Ansätze in der Chinaforschung: Scharping 1988).
- 3 Freilich war das Land bis in die 1970er empirisch und statistisch nur unzureichend erfasst. Nicht umstandslos generalisierbare Detailsammlungen, voreilige Hochrechnungen und anekdotische Evidenzen erschwerten es, zwischen Ist- und Soll-Zuständen zu unterscheiden. Vgl. für interessante Arbeiten, die den Maoismus aus gesellschaftskritischer Perspektive analysierten, jedoch auch: Harris 1978; Leys 1972; Walder 1986.

- 4 Die bereits genannten revisionistischen Autoren vollzogen im Übrigen vielfach eine Abkehr von der unkritischen Unterstützung des Maoismus – in der Form einer „enttäuschten Leidenschaft, die zu heftigen Scheidungsauseinandersetzungen“ führte (Scharping 1988, 5).
- 5 Dabei ging es etwa um den Aufstieg der sog. „Township and Village Enterprises“, die eine Katalysatorfunktion bei der Ablösung der Plan-Anarchie des klassischen Maoismus erfüllten, sowie um die Frage nach der Leistungsfähigkeit differierender Reformmodelle innerhalb Chinas mit unterschiedlich weit reichenden politischen Eingriffen (etwa „Sunan-Modell“ versus „Wenzhou-Modell“).
- 6 Einen Überblick über Varianten dieser These, die vom „sozialistischen“ Entwicklungsstaat über den „unternehmerischen“, „regulatorischen“ bis hin zum „local corporatist state“ reichen, vermittelt Howell (2006).
- 7 Eher müsste die Veränderungsdynamik „konfuzianischer“ Vorstellungen vor dem Hintergrund differierender historischer Kontexte untersucht werden. Der Konfuzianismus wurde zu verschiedenen Zeitpunkten, ebenso wie von differierenden sozialen Gruppen, unterschiedlich interpretiert.
- 8 Die Bedeutung von guanxi-Netzwerken und einer familienbasierten Produktion etwa repräsentiert keine originäre chinesische Tradition – ungefähr drei Viertel der registrierten Unternehmen in den entwickelten Ländern sind Familienunternehmen, ein Drittel der Fortune-500-Unternehmen wird von Familien(-clans) geführt.
- 9 Im letzten Jahrzehnt ist dabei eine wichtige Literatur entstanden, die die Folgen der relativen Ohnmacht der Subordinierten, aber auch ihre punktuelle Wirkmacht untersucht (Chan 2001; Lüthje 2010; Lee 2007; Perry/Selden 2003). Vgl. zudem die auf Deutsch publizierten Arbeiten zur Frage nach dem politischen Bewusstsein im Kontext urbaner Partizipationsprozesse (Heberer/Schubert 2008) und zur Lage der Bauern (Chen/Wu 2006).
- 10 Vor diesem Hintergrund argumentiert Dirlik mit guten Gründen, dass der Diskurs über eine chinesische Kultur und „chineseness“ zur Produktion einer neuartigen Identität beiträgt. Gleichsam werden damit Klassen- oder Geschlechterdifferenzen innerhalb ein und derselben „Kultur“ ausgeblendet.

Literatur

- Arnason, Johann Pall 2003: *Civilizations in Dispute: Historical Questions and Theoretical Traditions*. Boston/Leiden.
- Arnason, Johann Pall 2008: *East Asian Modernity Revisited*. In: Judit Árokay/Verena Blechinger-Talcott/Hilaria Gössmann (Hg.): *Irmela Hijiya-Kirschner zu Ehren: Festschrift zum 60. Geburtstag*. München. S. 395-407.
- Arrighi, Giovanni 2008: *Adam Smith in Beijing: Die Genealogie des 21. Jahrhunderts*. Hamburg.

- Böke, Henning 2007: *Maoismus. China und die Linke – Bilanz und Perspektive*. Stuttgart.
- Bremmer, Ian 2010: *The End of the Free Market: Who Wins the War Between States and Corporations?* New York.
- Chan, Anita 2001: *China's Workers under Assault: The Exploitation of Labor in a Globalizing Economy*. Armonk, NY.
- Chen, Guidi/Wu, Chuntao 2006: *Zur Lage der chinesischen Bauern. Eine Reportage*. Frankfurt/M.
- Chu, Yin-Wah (Hg.) 2010: *Chinese Capitalisms: Historical Emergence and Political Implications*. Houndmills.
- Derichs, Claudia/Thomas Heberer 2008: *Grundlagen politikwissenschaftlicher Komparatistik*. In: Thomas Heberer/Claudia Derichs (Hg.): *Einführung in die politischen Systeme Ostasiens: VR China, Hongkong, Japan, Nordkorea, Südkorea, Taiwan*. Wiesbaden. S. 1-20.
- Dirlik, Arif 1997: *Critical Reflections on „Chinese Capitalism“ as Paradigm*. In: *Identities* 3 (3). S. 303-330.
- Dreyer, June Teufel 1996: *China's Political System: Modernization and Tradition*. Boston.
- Field, Mark George 1976: *Social Consequences of Modernization in Communist Societies*. Baltimore.
- Guthrie, Doug 2002: *Dragon in a Three-Piece Suit: The Emergence of Capitalism in China*. Oxford.
- Hamilton, Gary G. 2006: *Commerce and Capitalism in Chinese Societies*. London/ New York.
- Harris, Nigel 1978: *The Mandate of Heaven. Marx and Mao in Modern China*. London.
- He, Qinglian 2006: *China in der Modernisierungsfalle*. Hamburg.
- Heberer, Thomas/Schubert, Gunter 2008: *Politische Partizipation und Regimelegitimität in der VR China. Band 1: Der urbane Raum*. Wiesbaden.
- Heberer, Thomas/Anja Senz 2009: *Reform, Demokratisierung, Stabilität oder Kollaps? Literaturbericht zur Entwicklung des chinesischen Herrschaftssystems*. In: *Politische Vierteljahresschrift* 50 (2). S. 306-326.
- Heilmann, Sebastian 2008: *Policy Experimentation in China's Economic Rise*. In: *Studies in Comparative International Development* 43 (1). S. 1-26.
- Howell, Jude 2006: *Reflections on the Chinese State*. In: *Development and Change* 37 (2). S. 273-297.
- Huang, Yasheng 2008: *Capitalism with Chinese Characteristics: Entrepreneurship and the State*. Cambridge, New York.
- Jacques, Martin 2009: *When China Rules the World: The End of the Western World and the Birth of a New Global Order*. New York.
- King, Lawrence P./Iván Szelényi 2005: *Post-Communist Economic Systems*. In: Neil J. Smelser/Richard Swedberg (Hg.): *The Handbook of Economic Sociology*. Princeton. S. 205-229.

- Lee, Ching Kwan 2007: *Against the Law: Labor Protests in China's Rustbelt and Sunbelt*. Berkeley.
- Lewis, John W. 1963: *Leadership in Communist China*. Ithaca, NY.
- Leys, Simon 1972: *Maos neue Kleider. Hinter den Kulissen der Weltmacht*. München.
- Li, Xiaoxi 2008: 30 Years of Reform Transforms China Beyond Recognition. In: *China Economist* 16 (9-10). S. 84-94.
- Lieberthal, Kenneth 1995: *Governing China: From Revolution through Reform*. New York, London.
- Lippit, Victor D. 1997: Market Socialism in China? In: *Review of Radical Political Economics* 29 (3). S. 112-123.
- Lüthje, Boy 2010: Arbeitsbeziehungen in China in der Wirtschaftskrise: „Tripartismus mit vier Parteien“? In: *WSI-Mitteilungen* 9/2010. S. 473-479.
- McMillan, John/Barry Naughton (Hg.) 1996: *Reforming Asian Socialism: The Growth of Market Institutions*. Ann Arbor.
- McNally, Christopher A. (Hg.) 2008: *China's Emergent Political Economy: Capitalism in the Dragon's Lair*. London.
- Naughton, Barry 1995: *Growing Out of the Plan: Chinese Economic Reform 1978-1993*. Cambridge.
- Nee, Victor 1989: A Theory of Market Transition: From Redistribution to Markets in State Socialism. In: *American Sociological Review* 54 (5). S. 663-681.
- Oi, Jean C. 1995: The Role of the Local State in China's Transitional Economy. In: *The China Quarterly* 144. S. 1132-1149.
- Panitch, Leo 2009: Giovanni Arrighi in Beijing: Eine Alternative zum Kapitalismus? In: *Sozialismus* 36 (1). S. 17-24.
- Pei, Minxin 2006: *China's Trapped Transition: The Limits of Developmental Autocracy*. Cambridge.
- Perry, Elizabeth J. 2007: Studying Chinese Politics: Farewell to Revolution? In: *The China Journal* 57 (1). S. 1-22.
- Perry, Elizabeth J./Mark Selden (Hg.) 2003: *Chinese Society: Change, Conflict and Resistance*. New York.
- Redding, Gordon 1990: *The Spirit of Chinese Capitalism*. Berlin.
- Rowen, Henry S. 2007: When Will the Chinese People Be Free? In: *Journal of Democracy* 18 (3). S. 38-52.
- Sachs, Jeffrey/Wing Thye Woo 1999: Zum Verständnis der Reformverfahren in China, Osteuropa und Russland. In: Hansjörg Herr/Kurt Hübner (Hg.): *Der „lange Marsch“ in die Marktwirtschaft: Entwicklungen und Erfahrungen in der VR China und Osteuropa*. Berlin. S. 19-44.
- Scharping, Thomas 1988: Sprünge im Spiegel: Das China-Bild im Wandel der westlichen Forschung. In: *Kölner China-Studien* 1/1988. S. 1-28.
- Stark, David/Victor Nee, 1989: Toward an Institutional Analysis of State Socialism. In:

- Victor Nee/David Stark (Hg.): *Remaking the Economic Institutions of Socialism: China and Eastern Europe*. Stanford, CA. S. 1-31.
- ten Brink, Tobias 2011: *Kooperation oder Konfrontation? Der Aufstieg Chinas in der globalen politischen Ökonomie*. MPIfG Working Paper 11/7, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Köln.
- ten Brink, Tobias 2012: *Kapitalistische Entwicklung in China. Entstehungskontexte, Verlaufsformen und Paradoxien eines eigentümlichen Modernisierungsprozesses*. Habilitationsschrift, eingereicht an der Goethe-Universität Frankfurt.
- Walder, Andrew G. 1986: *Communist Neo-Traditionalism: Work and Authority in Chinese Industry*. Berkeley.
- Weggel, Oskar 1997: *China im Aufbruch: Konfuzianismus und politische Zukunft*. München.
- Yang, Dali L. 2004: *Remaking the Chinese Leviathan: Market Transition and the Politics of Governance in China*. Stanford, CA.
- Yang, Mayfair Mei-hui 2002: *The Resilience of Guanxi and its New Deployments: A Critique of Some New Guanxi Scholarship*. In: *The China Quarterly* 170. S. 459-476.
- Zheng, Yongnian 2010: *The Chinese Communist Party as Organizational Emperor: Culture, Reproduction, and Transformation*. London.